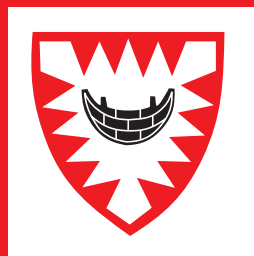


# „Neue Stärke. SPD!“

sozial - kommunal - erfahren

Programm der

Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands  
Kreisverband Kiel



2006

# „Neue Stärke. SPD!“

sozial - kommunal - erfahren

**Das Programm „Neue Stärke. SPD!“  
ist am 06. Mai 2006  
vom Kreisparteitag der Kieler SPD  
einstimmig beschlossen worden.**

Programm der

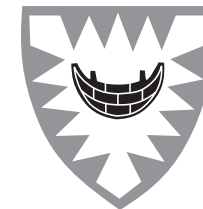
Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands  
Kreisverband Kiel

## Impressum:

SPD-Kreisverband Kiel  
Walter-Damm-Haus  
Kleiner Kuhberg 28-30  
24103 Kiel

Tel.: 0431 – 90 60 612  
Fax 0431 – 90 60 611

E-Mail: [K.E.R.N@spd.de](mailto:K.E.R.N@spd.de)  
[www.spd-net-sh.de/kiel/](http://www.spd-net-sh.de/kiel/)



2006

## 1. Unser Parteiprogramm: NEUE STÄRKE. SPD!

„Neue Stärke. SPD!“ ist das neue Parteiprogramm der Kieler SPD.

Wir stellen die Grundwerte unserer Partei in aktuelle politische Bezüge und einigen uns auf konkrete Ziele. Das Programm ist weder die Vision für die Kieler Stadtgesellschaft der Zukunft noch das Kommunalwahlprogramm 2008. Unser Parteiprogramm wird allerdings die Basis für unser Kommunalwahlprogramm sein.

Wir sind aufgrund unserer 140jährigen Partei-Tradition und unserer politischen Arbeit für diese Stadt im besten Sinne die „Kiel-Partei“; die Stadt ist uns Heimat und Herausforderung zugleich.

Wir waren und sind nicht frei von Fehlern. Aber wir haben den Willen zu einer sozialen und gerechten Politik, die eine Gesellschaft formt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen und die unseren Grundwerten verpflichtet ist; und wir haben die „**Neue Stärke**“, diese Politik in einer Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern Kiels zu diskutieren und zu entscheiden: Wir sind sozial und kommunal erfahren und bringen Kiel nach vorn!

### 2. Unsere Grundwerte

Die Sozialdemokratie ist in den Städten groß geworden; wir stehen als Großstadtpartei in einer besonderen Verantwortung: Wir wollen eine erfolgreiche Stadt, deren Leistungsfähigkeit und Lebensqualität auch zukünftigen Lebensstilen und Bildungsgraden sind in Kiel zuhause. Wir wollen ein innovatives Kiel, das den Bürgerinnen und Bürgern ausreichende und sinnvolle Arbeit bietet und in dem erfolgreiches und nachhaltiges Wirtschaften möglich ist.

Drei große Herausforderungen sind es, auf die sich jede moderne Stadtpolitik einstellen muss und die sich gegenseitig bedingen:

- Kiels kommunaler Haushalt wird sich kurz- und mittelfristig kaum erholen. Dies macht umfassende und tief greifende Reformen notwendig. Wir stellen uns dieser Verantwortung.
- Die demografische Entwicklung erfordert neue Pläne und Perspektiven für das Kiel im Jahre 2020. Wir entwerfen und entwickeln sie.
- Der Strukturwandel in den Bereichen Produktion und Dienstleistung wird das Gesicht Kiels verändern. Wir entwickeln neue Ideen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

### Die Vision von der Soziale Stadt

Wir stärken im Sinne sozialer Verantwortung das Gemeinwohl. Wir vertreten die Interessen aller Kielerinnen und Kieler.

Wir entwickeln Perspektiven für ein gerechtes Miteinander und nutzen alle Möglichkeiten zur kreativen Gestaltung des Gemeinwesens. Die Stadt gehört allen, die hier leben und arbeiten. Alle Bürger/innen sollen sich füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen!

Deshalb setzen wir mit „**Neuer Stärke**“ unsere Vorstellung von Gemeinwohl gegen Klientelpolitik und Entsolidarisierung. So erteilen wir einer Politik, die

Grundwerte

Moderne Stadtpolitik

Soziale Stadt

eine generelle Privatisierung öffentlicher Zuständigkeiten zum Ziel hat und damit zum Verlust politischer Mitbestimmung führt, eine klare Absage.

Unser „**Vision von der Sozialen Stadt**“ verlangt deshalb: Mit „**Neuer Stärke**“ die kommunale Demokratie stärken! Nicht nur im Rathaus: Wir wollen Demokratie als Lebensform in allen Bereichen der Gesellschaft, die Stärkung der Bürgerbeteiligung, die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Generationen, mehr und bessere Information im Vorfeld von Entscheidungen sowie die Stärkung der Ortsbeiräte und Beteiligungsgremien.

Die Stadt Kiel ist kein Unternehmen: Sie unterliegt demokratischer Kontrolle und ist auf die Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger angelegt. Die Menschen sind Bürger/innen ihrer Stadt mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind keine Kunden sondern sind „Eigentümer“ ihrer Stadt und somit muss diese ihren Bürgern /innen verpflichtet sein.

Wir erkennen auch die großen finanziellen Herausforderungen, die auf unsere Stadt weiter zukommen werden. Deshalb werden wir unsere Vorschläge immer mit einem Finanzvorbehalt versehen müssen. Aber Einsparen ist nicht Selbstzweck. Deshalb gehört zu einer verantwortungsbewussten Politik immer auch der „Sozialvorbehalt“, der uns von anderen Parteien unterscheidet und den wir bei jeder Entscheidung prüfen werden.

Wir wissen, dass sich die Probleme der Stadt nicht im Alleingang lösen lassen. Deshalb wollen wir einen neuen Dialog auf allen politischen Ebenen. Unsere „**Vision von der sozialen Stadt**“ ist auch immer die „gesprächsbe-reite“ Stadt, die sich als Teil einer politischen Gesamtentwicklung versteht.

Wir haben keine Patentlösungen, aber wir weichen vor den Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft nicht zurück. Und wir geben unser Ziel nicht auf, dass es uns Menschen möglich ist, unser Zusammenleben friedlich, frei, gerecht und solidarisch zu organisieren. Das ist unsere **Vision von der Sozialen Stadt**.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in vielen Jahrzehnten Kiel gestaltet, nach zwei Weltkriegen wieder aufgebaut, in guten und schwierigen Zeiten politisch gelenkt: Wir haben die Erfahrung zur Führung und wir wollen wieder die politische Mehrheit in dieser Stadt!

### 3. Unsere Ziele

#### 3.1. Sozial und Solidarisch

Sozialdemokratische Sozialpolitik dient dem Ziel, dass die Menschen ihr Leben menschenwürdig gestalten können. Bestandteil dieser Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Wir wissen, dass sich nicht alle Menschen aus eigener Kraft eine gesicherte Existenz aufbauen können. Denn unsere Sozialpolitik besteht nicht mehr nur in dem Schutz vor Hunger, Not und Obdachlosigkeit. Ziel ist, dass möglichst alle Menschen, Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige zum Beispiel, an dem Reichtum der Gesellschaft und seiner Entwicklung teilhaben können. Unsere Sozialpolitik soll schützen und ausgleichen, aber auch helfen. Gesellschaftspolitik, die der Veränderung ungerechter Einkommens- und Vermögensverhältnisse dient, kann die Sozialpolitik nicht ersetzen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist auch einer um mehr Solidarität: Die Starken müssen

**kommunale  
Demokratie**

**demokrati-  
sche Kon-  
trolle**

**Finanzvor-  
behalt**

**Dialog auf  
allen  
Ebenen**

**Politische  
Erfahrung**

**Sozialpolitik**

**Soziale Ge-  
rechtigkeit**

mehr für das Gemeinwohl leisten als die Schwachen. Moderne Sozialpolitik muss sich fragen, ob das Verhältnis der Funktionen und Leistungen richtig gewichtet ist.

Der Aufbau und die Bewahrung eines sozialen Staatswesens gehören für die SPD zu den Grundlagen ihrer Politik. Die „sozialen Frage“ ist der Anlass für die Gründung der Sozialdemokratischen Partei. In ihrer Geschichte hat die SPD vieles erreicht. In ihrem Verständnis als linke Volkspartei hat sie heute Antworten auf die sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts zu geben. Sozialpolitik ist daher ein sozialdemokratisches Thema. In unserer Politik werden wir den Gedanken der Geschlechtergleichbehandlung, des „gender mainstreaming“ berücksichtigen. Das bedeutet, dass bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden.

In Kiel haben Sozialdemokraten in Verantwortung zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern über Jahrzehnte eine soziale Stadt aufgebaut, die in vielen Bereichen als vorbildlich gelten konnte: zum Beispiel ein dichtes Netz von Kindertagesstätten, dezentral erreichbare Sozialzentren in den Stadtteilen, ein hoher Grad der Wohnraumversorgung und viele Begegnungsstätten für ältere Menschen.

#### • **Wir wollen die soziale Stadt weiter entwickeln**

Bis zum Jahre 2015 könnte nach Prognosen Kiel aufgrund der demographischen Entwicklung 15 % seiner Einwohner und gar bis zu 30 % seiner jugendlichen verlieren und der Anteil der Älteren deutlich steigen. Wir stellen uns gegen diesen demographischen Trend indem wir die Stadt attraktiver machen wollen für alle, vor allem für junge Familien und Kinder. Trotzdem stellt die Alterung die Sozialpolitik vor völlig neue Herausforderungen. Hilfe und Unterstützung bedeutet Fördern und Fordern: Fördern heißt: Benachteiligungen ausgleichen und Hilfeangebote machen. Fordern bedeutet: Wir erwarten, dass die Menschen sich auf diese Prozesse einlassen und ihren Beitrag nach ihren Möglichkeiten leisten. Wir wollen, dass die Menschen eigenverantwortlich und selbst bestimmt leben können.

Die Bewahrung und Herstellung sozialer Lebensverhältnisse in der sozialen Stadt muss eine öffentliche Aufgabe bleiben. Jede Privatisierung von sozialen Dienstleistungen ist besonders streng zu prüfen.

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich, in der Feuerwehr, im Sportverein, in sozialen Verbänden, auch in politischen Parteien. Sie helfen den Schwächeren in unserer Gesellschaft und nützen unserem Gemeinwesen. Ohne sie würde unsere soziale Stadt nicht funktionieren. Wir wollen die Arbeit der Ehrenamtlichen stärken. Dafür wollen wir ein Konzept entwickeln. Für uns gilt: Ehrenamtliches Engagement darf nicht dafür missbraucht werden, öffentliche Aufgaben und Dienstleistungen abzubauen.

Wir wollen eine kommunale Wohnungspolitik entwickeln, die für eine Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Stadtteilen und eine Erfüllung vielfältiger Wohnformen und -bedürfnisse ermöglicht. Die Erfahrungen aus den Programmen „Soziale Stadt“ und „URBAN“ mit dem Quartiermanagement werden wir im Rahmen eines Kieler Wohnraumversorgungskonzeptes für die Stadt nutzen. Neben der Verbesserung des Wohnumfeldes gehören

**sozialer  
Staat**

**Geschlech-  
tergleichbe-  
handlung**

**demographi-  
scher  
Trend**

**Ehrenamt**

**Kommunale  
Wohnungs-  
politik**

auch sozial- und ordnungspolitische Maßnahmen zu einer integrierten Wohnungspolitik. Leitgedanke ist die „gute Nachbarschaft“.

#### • Politik für Familie und Kinder

Für Sozialdemokraten ist die Politik für Familien und Kinder eine der wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre. Wichtig ist, dass ihre Lebensbedingungen entscheidend verbessert werden. Eine gute Politik für Familien und Kinder ist auch eine gute Politik für die Gleichstellung der Geschlechter.

Jedes Kind in Kiel soll sein Recht auf Bildung und Erziehung einlösen können. Jedem Kind soll ein Angebot je nach Bedarf – auch in aktuellen Notlagen – gemacht werden. Wir wollen erreichen, dass jeder Schüler und jede Schülerin in Kiel in zumutbarer Entfernung eine Ganztagschule besuchen kann. Dort findet nicht nur Schule, sondern auch Freizeit statt – auch mit Eltern und Freunden.

Kinder brauchen Platz zum Spielen, das betrifft sämtliche Plätze, Schulhöfe und Grünflächen. Statt Kinderspielplätze abzubauen, wollen wir sie neu bauen und aufwerten. Wir beteiligen Kinder und Jugendliche bei den sie betreffenden Planungen und Vorhaben. Wir wollen die Lust am Lesen wecken und vertiefen. Daher wollen wir die Statteilbüchereien erhalten.

Familien in Krisen und Notlagen muss schnell und zuverlässig geholfen werden. Die Beratung und Hilfe soll verstärkt in den Regelangeboten vor Ort erfolgen.

Wir wollen erreichen, dass in ausreichender Zahl Plätze in Kinderkrippen und Kindertagesstätten, in Horteinrichtungen und Ganztagschulen zur Verfügung stehen. Die selbstverständliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns von elementarer Bedeutung. Wir wollen gemeinsam mit dem Land und Bund die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten erreichen.

#### • Politik für Jugend und junge Erwachsene

Jugend ist die Zukunft einer jeden Kommune. Deshalb ist der Jugend und den jungen Erwachsenen in einer Stadt wie Kiel besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist unser Ziel, jungen Menschen Angebote zu machen, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

In Anbetracht der demographischen Entwicklung ist es unabdingbar, dass unsere Stadt attraktiver Lebensraum auch für junge Menschen ist. Junge Menschen haben spezielle Anliegen. Im Sinne einer Solidargemeinschaft, wie wir Sozialdemokraten sie verstehen, muss eine Stadt auf die Bedürfnisse ihrer jungen Bürgerinnen und Bürger eingehen. Dazu bedarf es spezifischer Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene.

#### • Politik für Benachteiligte

Wir wollen eine soziale Stadt, die solidarisch mit benachteiligten Menschen umgeht. Möglichst alle Menschen sollen ihr Leben aus eigenem Einkommen selbst bestimmt gestalten können. Solidarität heißt für uns weiterhin: Wer sich nicht selbst helfen kann, muss sich auf die Gemeinschaft verlassen können.

Wir unterstützen vorrangig ehrenamtliche und professionelle Hilfsangebote, wenn sie die Eigenverantwortlichkeit der Menschen stärken. Wir treten für

**Familie und Kinder**

**Bildung und Erziehung**

**Spielplätze**

**Beratung und Hilfe**

**Krippen und Tagesstätten**

**Politik für Jugendliche und junge Erwachsene**

**Solidarität mit Benachteiligten**

eine systematische und strukturierte Hilfeplanung ein. Hierbei soll das Prinzip „alles aus einer Hand“ für den Betroffenen gelten. Die Behörden sind vor Ort in den Sozialzentren für die Bürgerinnen und Bürger für alle sozialen Dienstleistungen erreichbar. Die Kieler SPD setzt auf aktivierende Sozialarbeit. Wir wollen die Selbsthilfekräfte in der Familie und im sozialen Umfeld stärken und dadurch eine lebenslange Alimentierung verhindern.

Anbieter sozialer Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Jugendtreffs, Schulen, Altenhilfeeinrichtungen, Vereine und Initiativen) sollen verstärkt im Stadtteil zusammenarbeiten (Sozialraumorientierung). Wer Unterstützung benötigt, soll hier eine niedrigschwellige Anlaufstelle finden.

Wir wollen durch Straßensozialarbeit und vorbeugende Angebote helfen, Obdachlosigkeit zu vermeiden und bereits Obdachlosen Hilfestellung geben. Durch die intensive Zusammenarbeit von Polizei, kriminalpräventiven Räten, Streetworkern, Schulen und dem Gesundheits- sowie Sozialmanagement der Stadt kämpfen wir gegen Drogen und Drogenkriminalität. Eine Jugend ohne Gewalt in Kiel wird durch vorbeugende Projekte in Kindergärten, Schulen und Vereinen, sowie durch frühzeitige Erziehungshilfe für Familien angestrebt. Gewaltausübung soll schnell und konsequent geahndet werden.

#### • Politik für Ältere

Die allgemeine demographische Entwicklung geht auch an Kiel nicht vorüber: Der Anteil älterer Menschen wird größer. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen allein leben. Den unterstützenden Familienverbund gibt es nur noch selten. Viele ältere Menschen geraten in eine soziale Isolation. Vor dieser Entwicklung wollen wir Sozialdemokraten nicht die Augen schließen. Wir streben ein neues Miteinander von Alt und Jung an, das für die einen Arbeit, für die anderen Service bedeuten würde.

Wir wollen uns für ein selbst bestimmtes Leben älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung einsetzen, nach dem Grundsatz: ambulante Betreuung vor stationär. Wir wollen den Bau altengerechter bzw. den Umbau bereits bestehender Wohnungen in allen Stadtteilen fördern – bezahlbar auch für alte Menschen mit geringem Einkommen. Zusätzlich soll ein Angebot von alternativen Wohnformen, wie Wohn- und Hausgemeinschaften, geschaffen werden. Damit wird die gegenseitige Hilfe der Älteren gefordert und der Vereinsamung begegnet.

Wir setzen uns für eine menschenwürdige Pflege ein, d.h. strenger Überprüfung auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beim Pflegeschlüssel und den Pflegestandards durch eine qualifizierte Heimaufsicht und anderer Kontrollorganen. Wir wollen alten Menschen Raum geben, sich zu treffen, zu kommunizieren und ihre Fähigkeiten zu leben. Uns liegt daran, gerade Hochbetagten, die zu vereinsamen drohen, den Weg in die Gemeinschaft zu erleichtern.

Viele pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen kompetente Ansprechpartner sowie eine Anlaufstelle für Beratung und Beschwerden. Durch gute Beratung und ambulante Hilfen können ältere Menschen so lange wie sie möchten zu Hause wohnen bleiben. Wir wollen die unter der SPD eingerichtete Pflegeberatungsstelle erhalten.

**Hilfe aus einer Hand**

**Sozial Dienstleister und Bildungseinrichtungen**

**Straßensozialarbeit**

**Miteinander von Jung und Alt**

**Altengerechter Wohnraum**

**menschenwürdige Pflege**

**Pflegeberatungsstelle**

• **Politik für Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Eigenständigkeit. Die dafür nötigen Hilfen müssen geleistet werden, Barrieren müssen abgebaut werden. Wir wollen die Chancengleichheit zur Arbeitsaufnahme herstellen. Wir wollen die Mobilität durch Straßengestaltung, behindertengerechten Nahverkehr und einen speziellen Fahrdienst sicherstellen.

Öffentliche Bauten sollen grundsätzlich barrierefrei sein, bestehende Hemmnisse sollen abgebaut werden.

Wir werden darauf dringen, dass Menschen mit Behinderungen Wohnungen erhalten, die die Nachteile der Behinderung ausgleichen. Wir wollen die Eigenständigkeit der Menschen mit Behinderung durch ausreichende ambulante Hilfen stärken. Auch Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen haben Anspruch auf größtmögliche Selbständigkeit. Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderung sind für uns wichtige Partner für die Umsetzung der Forderungen.

Wir wollen die Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern in Regelschulen weiterhin verbessern.

• **Integration - Miteinander leben in Kiel**

In Kiel leben mehr als 20.000 Ausländerinnen und Ausländer. Hinzu kommen nach Kiel zugezogene Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Prozentual sind in Kiel doppelt so viele Ausländer arbeitslos wie Deutsche. Ein Fünftel der ausländischen Wohnbevölkerung ist von Sozialhilfe abhängig. Ausländerkinder sind in den qualifizierten Bildungsgängen wenig vertreten. 15 Prozent erreichen gar keinen Schulabschluss.

Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der von der deutschen Gesellschaft sowie von den Migrantinnen und Migranten Offenheit, Toleranz und Bereitschaft zur demokratischen Auseinandersetzung verlangt. Integration in die deutsche Gesellschaft bedeutet nicht Aufgabe eigener Kultur und Werte. Kultur und Werte bereichern das Zusammenleben. Sie dürfen aber zu unseren demokratischen und sozialen Grundwerten nicht im Widerspruch stehen. Wir erwarten von den hier lebenden Migrantinnen und Migranten die Anerkennung der im Grundgesetz festgelegten Rechte und Pflichten – einschließlich der Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, diese Werte, Rechte und Pflichten und ihre Geschichte und Bedeutung für die Gesellschaft zu vermitteln.

Mit dem Zuwanderungsgesetz gibt es seit Januar 2005 erstmals einen gesetzlichen Anspruch auf Integration. Der besteht aus einem Angebot von Deutschsprachkursen und Orientierungskursen über die Geschichte, Kultur und Rechtsordnung in Deutschland. Kenntnisse der deutschen Sprache sind der Schlüssel zu Integration, zu qualifizierter Bildung, zum Arbeitsmarkt. Wer in Deutschland leben will, muss Deutsch sprechen und verstehen können. Das Erlernen der deutschen Sprache ist nicht länger eine private oder familiäre Entscheidung, sondern unsere Gesellschaft erwartet dies.

Eine erfolgreiche Integration hängt auch eng mit Chancengleichheit zusammen. Wir brauchen ein Bildungssystem, das Kindern aus bildungsfernen

**Eigenständigkeit für behinderte Menschen**

**Barrierefrei bauen**

**Ambulante Hilfen**

**Integration als gegenseitiger Prozess**

**Kenntnis der deutschen Sprache**

**Bildungschancen**

Elternhäusern gleiche Chancen der Bildung und Ausbildung bietet. Die Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Hier tragen das Land, die Landeshauptstadt Kiel als Schulträger und die Eltern jeweils ihre, aber auch eine gemeinsame Verantwortung.

Die Beseitigung migrationspezifischer Nachteile dient auch dem Abbau von Einstellungshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt. Hierauf haben insbesondere die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter zu achten. Die Landeshauptstadt Kiel hat als Arbeitgeber mit ihrer Einstellungspolitik eine Vorbildfunktion. Die Kieler SPD wird das Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Kiel zügig umsetzen. Wir setzen dabei weniger auf Einzelprojekte als auf dauerhaft wirkende strukturelle Maßnahmen.

• **Sportstadt Kiel**

Das Sportangebot für Menschen mit Behinderung in Kiel muss verbessert werden. Die Sportstätten müssen generell barrierefrei gemacht werden. Darüber hinaus schlägt die SPD ein jährliches integratives Sportfest („Kiel-Pokal“) vor.

Spiel- und Bewegungsräume insbesondere im Wohnumfeld, die für vielfältige Sport- und Freizeitaktivitäten genutzt werden können, sowie Sportstätten für den Breiten-, Schul- und Leistungssport haben hohen Anteil an der Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt.

Für Kinder und Jugendliche stellt der Sport ein wesentliches Element zum Erwerb vor allem zur Erlangung sozialer Kompetenz dar.

Wir setzen uns für eine besondere Förderung von Sportvereinen, die einen überproportionalen Anteil von Kindern und Jugendlichen betreuen, ein.

Gewandelte Sportbedürfnisse, teilweise nicht mehr zeitgemäße Sportstätten und der Verlust wohnnaher Bewegungsmöglichkeiten sind nur einige der Rahmenbedingungen, die die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt entscheidend mitbestimmen.

Aber auch der Spitzensport hat integrative Bedeutung für die Bewohner einer Stadt. Er ist ein wesentlicher kultureller und wirtschaftlicher Standortvorteil, der die Wohn- und Lebensqualität der Menschen steigert und damit Kiel auch für Neuansiedlungen attraktiv macht.

Wir werden den intensiven Sport-Dialog mit den Kieler Sportvereinen fortsetzen mit dem Ziel, einen Sportentwicklungsplan für Kiel zu erstellen, der die gewandelten Sportangebote, -organisationsformen und die daraus resultierenden notwendigen Anforderungen an die Sportstätten berücksichtigt.

Die Erhebung von Hallennutzungsgebühren insbesondere für Sportvereine und deren Übungs- und Wettkampfbetrieb wollen wir rückgängig machen und damit die Vereine stärken.

**3.2. Für Arbeit und Wirtschaft**

Wir machen eine Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger, die den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Kiel fördert und die hilft, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen, zusammen mit unseren Partnern in der K.E.R.N.-Region.

**Strukturelle Maßnahmen**

**Barrierefreie Sportstätten**

**Spiel- und Bewegungsräume**

**Förderung von Sportvereinen**

**Spitzensport**

**Sportentwicklungsplan**

**Hallennutzungsgebühren**

**Wirtschaftsstandort**

- **Arbeitsplätze schaffen und sichern, Teilhabe ermöglichen**

Arbeit und Beschäftigung sind in der Summe mehr als Geldverdienen. Gerade in Deutschland definiert sich gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe über Arbeit. Politik schafft selbst keine Arbeit, aber sie kann die Voraussetzungen verbessern, dass Arbeitsplätze durch die Wirtschaft geschaffen, bestehende Arbeitsplätze gesichert und Teilhabe ermöglicht wird.

Die Vermittlung von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt ist und bleibt wesentliche Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung hat mit den Reformen der sozialen Sicherungssysteme die Rahmenbedingungen für beschäftigungsfördernde Maßnahmen und Initiativen deutlich verbessert. Nun gilt es, in Zusammenarbeit von Stadt, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter Kiel und den ansässigen Wirtschaftsunternehmen Schwerpunktsetzungen für Vermittlungs- und beschäftigungsqualifizierende Maßnahmen voranzutreiben und insbesondere bestehende Wirtschaftscluster auszubauen, um dort Beschäftigungsmöglichkeiten herzustellen.

Wir wollen eine zielorientierte Arbeitsmarktpolitik, die sich an bestehenden wirtschaftlichen Ausrichtungen und Arbeitsbedarfen orientiert und diese mit beschäftigungsqualifizierenden Maßnahmen für Arbeitssuchende verknüpft.

Arbeitsmarktpolitik hört nicht mit der der Vermittlung von Menschen in Arbeit auf. Sie umfasst selbstverständlich auch die Menschen, die einer Beschäftigung nachgehen. Es ist danach auch unsere Aufgabe, die Rahmenumstände auf dem Arbeitsmarkt so zu verbessern, dass Arbeitsplätze gesichert und der Standort Kiel für Wirtschaftsunternehmen nachhaltig attraktiv wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass weiterqualifizierende Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft attraktiv für ihren Arbeitgeber bleiben.

- **Die Stadt als maritimer Standort**

Die Lage Kiels an der Ostsee und seine Historie als *der* maritime Standort mit Tiefwasserhafen in Schleswig-Holstein machen Kiel einzigartig. Kiel wird geprägt durch die Kombination von Forschung und Bildung als Universitäts- und **Fachhochschulstadt**; von hoher Kompetenz in der Meerestechnik (Werften, Ausrüster und Dienstleister) und als Technologiestadt in der Bio-, Medizin-, IT- und Verkehrstechnik Und wir können mit Freizeit und Förde, Science Center u.a. Freizeitstadt sowie mit Schifffahrtsmuseum, Aquarium, Theater, Oper usw. engagierte Kulturstadt werden. Darüber hinaus sind wir Marinestadt und wollen es bleiben.

In Anbetracht dieses großen Potenzials fördern wir Integration und Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche und Aktivitäten und bauen die Verbindung mit vergleichbaren europäischen Städten aus, damit Kiel in Zukunft ein **markantes maritimes Profil** entwickelt, das auch nach Außen wirkt.

Ziel wirtschaftlichen Handelns werden deshalb Nutzung und Weiterentwicklung unserer maritimen Aktivitäten sein: z.B. mit Schiffbau, maritimer Wirtschaft und Wissenschaft, maritimer Freizeit und Arbeit Dies soll auch bauliche und planerische Konsequenzen haben: Wir wollen die Innenstadt weiter zur Förde öffnen. Die Hörn muss als maritimer Standort weiter entwickelt werden.

**Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitssuchenden**

**Zielorientierte Arbeitsmarktpolitik**

**weiterqualifizierende Maßnahmen**

**Forschung und Bildung**

**Zusammenarbeit**

**Maritime Aktivitäten**

- **Wirtschaftsförderung**

Kommunale Wirtschaftspolitik soll die Rahmenbedingungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln privater Unternehmen verbessern. Denn die Kräfte des Marktes sind nur bedingt zu beeinflussen. Dabei müssen aber die sozialen Belange der Bürger/innen unserer Stadt berücksichtigt werden und ggf. durch gezielte Maßnahmen gegengelenkt werden (z.B. bei der Lebensmittelunterversorgung in einzelnen Stadtteilen)

Öffentliche Investitionen sind daher zu konzentrieren auf wichtige Rahmenbedingungen und sinnvolle Infrastruktur, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere im maritimen Bereich. Dafür muss im städtischen Haushalt die Investitionsquote erhöht werden.

Der Einzelhandel in den Stadtteilen muss insgesamt durch ÖPNV-Planung, Verbesserung der Parkmöglichkeiten des Individualverkehrs und Stadtmarketing gestärkt werden.“

Wir tragen zur Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas bei und wollen in der Wirtschaftsförderung insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stärken, weil diese besonders arbeitsplatzintensiv sind, überdurchschnittlich ausbilden und dem Standort Kiel besonders verbunden sind. Dadurch können wir dem Trend zum Personalabbau entgegenwirken und Beschäftigung sichern.

Wir wollen die kommunale Auftragsvergabe an Firmen, die Menschen unterhalb tariflicher Bedingungen beschäftigen, ausschließen.

Wir wollen neue Flächen für Gewerbeansiedlung, Existenzgründungen und Betriebserweiterungen ausweisen.

Wir wollen als Leitbild die „unternehmensfördernde Großstadt“ schaffen. Dies soll in einem engen Dialog mit den Betrieben und Firmen in unserer Stadt geschehen.

Eine vorausschauende und werbende Wirtschaftspolitik in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Wirtschaft unterstützt mit **allen** Einrichtungen Existenzgründung, Neuansiedlung und Bestandspflege von Unternehmen.

Ein hoher Bildungsstandard und eine hohe Lern- und Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung ist Grundlage wirtschaftlicher Erfolge. Hier steht eine Schwerpunktsetzung im maritimen Bereich im Vordergrund (Ocean Education Center). Wir streben eine stärkere Vernetzung von kleinen und mittleren Unternehmen mit den Kieler Hoch- und Berufsschulen in diesem Bereich an, insbesondere hinsichtlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Stadt kann hier unterstützen.

Kiel muss ein eigenständiges Profil gegenüber Hamburg deutlich machen und noch stärker als bisher mit der eigenen Region wirtschaftlich kooperieren. Nur als starker Partner wird unsere Region von Kooperationen profitieren können. Deshalb setzt sich die Kieler SPD für die inter-kommunale Zusammenarbeit ein.

Wir streben eine gemeinsame Wirtschaftsförderung in der K.E.R.N. – Region an. Innerhalb dieser Konstruktion muss der Teil der Kieler Wirtschaftsförderung stärker als gegenwärtig mit dem Rathaus verbunden sein. Deshalb ist ein politisch verantwortliches und insbesondere mit dieser Aufgabe be-

**Soziale Belange**

**Öffentliche Investitionen**

**Einzelhandel**

**investitionsfreundliches Klima**

**kommunale Auftragsvergabe**

**Dialogbereitschaft**

**vorausschauende Politik**

**Ocean Education Center**

**eigenständige Region**

**K.E.R.N.-Region**

trauter Dezernat zu schaffen, dass alle Wirtschaftsförderungsinstrumente und das Beteiligungsmanagement der Stadt bündelt. Kernaufgabe einer solchen Organisationseinheit ist die Mitarbeit an der interkommunalen Wirtschaftsförderung, die Bestandspflege und Existenzgründungen von Unternehmen vor Ort und die Flächenvermarktung.

• **Gesundheitsstandort Kiel**

Kiel ist mit dem Uniklinikum, dem städtischen Krankenhaus und anderen, auch privaten, medizinischen Einrichtungen eine Top-Adresse der Gesundheit. Das nutzt den Menschen und dem Arbeitsplatzstandort gleichermaßen.

Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit der Gesundheitsbetriebe, vernetzt mit der Wissenschaft und anderen zuständigen Bereichen auch über Kiel hinaus. Mit moderner Medizintechnologie und hoher medizinischer Kompetenz soll Kiel *der* Gesundheitsstandort Norddeutschlands werden, der auch von Patienten in Skandinavien und den Ostseeanrainer-Staaten genutzt wird.

Wir wollen ein medizinisch-technisch ausgerichtetes Gewerbegebiet und den Wissenschaftspark weiterentwickeln.

• **Neue Möglichkeiten für einen starken zweiten Arbeitsmarkt**

Die Kieler SPD wird sich mit einer Beschäftigungsinitiative dafür einsetzen, dass alle Arbeitssuchenden, die mittelfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, in einem zweiten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung erhalten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen erfordert dies eine Initiative, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten schafft. Hierzu gehören durchaus anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgaben, aber auch einfachere sinnstiftende Tätigkeiten in jeweils unterschiedlichen Formen, Ausprägungen - mit abgestuften finanziellen Zuwendungen sowie breit gestreute Einsatz- und Arbeitsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Zielgruppen, z.B. in

- Stadtteilbüchereien,
- Schwimm- und Sporthallen,
- Kindertageseinrichtungen und Schulen,
- Kirchengemeinden und -einrichtungen sowie
- in gemeinnützigen Institutionen,
- bei freien Trägern, gesellschaftlichen Gruppen und
- ggf. auch in privat-gewerblichen Betrieben geschaffen werden,

Die Arbeit muss flexibel und unbürokratisch organisiert werden, eine sinnvolle Tätigkeit darstellen und die individuellen Stärken und Fähigkeiten des Einzelnen berücksichtigen. Eine Öffnung des Systems "nach oben" soll sicherstellen, dass Leistung, Zuverlässigkeit und Engagement belohnt werden und eine persönliche Perspektive und Entwicklung ermöglicht werden kann, ein strukturiertes Anreizsystem geschaffen wird, das motivationsfördernd wirkt und das zugleich eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nicht konterkariert, die Gründung eines von der Stadt mit zu tragenden regionalen Netzwerks von Anbietern und Bildungsträgern, die sich zur sozialräumlichen Herangehensweise verpflichtet, veranlasst wird,

Die SPD will, dass die Stadt auch künftig ein deutliches finanzielles Engagement für beschäftigungsfördernde und beschäftigungswirksame Initiativen aufbringt.

**Kliniken**

**Vernetzung**

**Wissenschaftspark**

**Beschäftigungsinitiative**

**Förderung nach Fähigkeiten**

**Finanzielles Engagement**

**3.3. Für Wissen und Werte**

• **Bildung, Wissenschaft und Kultur nach den Grundsätzen von Nachhaltigkeit, Leistung und Gerechtigkeit weiterentwickeln:**

Wir wollen mit einer Initiative „Kinder- und Jugendbetreuung unter einem Dach“ die Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Kindertagesstätten deutlich verbessern. Alle Eltern sollen die Möglichkeit haben, ihr Kind im Kindergarten/ Hort oder in der Schule ganztags betreuen zu lassen. Wir streben eine gebührenfreie Betreuung an.

Alle Kinder, auch und besonders die mit einer anderen Muttersprache, sollen entsprechend ihrer Sprachkompetenz in Kindertagesstätten differenziert gefördert werden, um allen Kindern für ihren weiteren Bildungsweg möglichst optimale Chancen zu eröffnen. Dies gilt auch für Kinder mit Leistungsbeeinträchtigungen

Die Mehrsprachigkeit muss möglichst früh gefördert werden, wobei der Vorrang eines fundierten deutschen Sprachunterrichts nicht aufgehoben werden darf. Gerade in diesem Bereich bedarf es besonderer und verstärkter Anstrengungen, da die Sprachkompetenz vieler Kinder immer größere Lücken aufweist.

Wir wollen ein längeres gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern bis zum Ende der Sekundarstufe I. Wir wollen die Gemeinschaftsschule in Kiel starten. Die Stadt Kiel steht als Schulträger in der Pflicht, die Schulen materiell und personell in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Angebote sinnvoll gestalten zu können.

Die Verlässlichkeit beim Unterricht für alle Schulen muss gewährleistet und damit der Unterrichtsausfall vermieden werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche auch in der Schule und in der Jugendarbeit bereits auf Partnerschaft, Elternschaft und Kindererziehung vorbereitet werden.

• **Schulen sind Bildungs- und Kulturmittelpunkte in den Stadtteilen**

Im Sinne einer Effektivierung der pädagogischen Arbeit wollen wir die Schulentwicklung so gestalten, dass die Kooperation von Schulen sich weiter entwickelt – von der gemeinsamen Sekundarstufe I bis zu gemeinsamen Oberstufen verschiedener Schulen. Durch eine entsprechende Schulentwicklungsplanung wollen wir die räumlichen Bedingungen dafür schaffen. Schulzusammenlegungen aus rein ökonomischen Gründen lehnen wir ab; sie müssen aus pädagogischer Sicht vertretbar sein. Schule und Jugendhilfe muss enger miteinander verzahnt werden. Daraus folgt die Entwicklung der Schulsozialarbeit.

Wir wollen einen Perspektivenwechsel für die schulische bzw. unterrichtliche Arbeit, d. h. eine noch stärkere spezifische Unterstützung und Förderung eines jeden einzelnen Schülers, einer jeden Schülerin. Dazu benötigen die Schulen ausreichend Personal und Mittel, u.a. im Zuge von Ganztagsschulangeboten sind diese bereitzustellen. Die Lernmittelfreiheit darf nicht weiter beschränkt werden und soll stattdessen wo möglich erweitert werden.

**Kinder- und Jugendbetreuung**

**Sprachkompetenz**

**Mehrsprachlichkeit**

**Gemeinschaftsschule**

**Verlässlichkeit**

**pädagogische Arbeit**

**Schulentwicklungsplan**

**Individuelle Förderung**

Die in vielen Fällen bereits stattfindende interne wie externe Evaluierung der Schulen und der Arbeit der Lehrkräfte ist auszubauen, um Qualitätsentwicklung zu sichern und zu steigern.

Insgesamt benötigen die Schulen auch eine größere Autonomie. Die Schulen sollen ihre Profilbildung, ihre Qualitätsentwicklung, ihre Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Institutionen und Vereinen im Stadtteil und nicht zuletzt den Einsatz des Personalbudgets im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben mit mehr Eigenverantwortung gestalten können.

• **Regionales Ausbildungsbündnis, in dem alle beteiligten Lernorte für berufliche Bildung zusammenwirken.**

Berufliche Bildung hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen die Leistungen aller Lernorte (Betriebe, Schulen, außerschulische Lernorte, ...) bündeln und neue Angebote schaffen. Dies gilt vor allem für Jugendliche unter 25 Jahren ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung und ohne Arbeit. Zusätzlich zu den rein schulischen Vollzeitmaßnahmen streben wir innovative Bildungsgänge mit betrieblicher Beteiligung an. Dieses schließt Betriebspraktika mit schulischer Begleitung ein.

Wir unterstützen die Arbeit der Regionalen Berufsschulzentren und werden ihre Weiterentwicklung thematisieren.

Die Stadt hat mit ihrer Verwaltung und angeschlossenen Regiebetrieben vorbildhaft einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu leisten.

• **Eine ausreichende finanzielle Ausstattung für unsere Hochschulen**

Kiel ist der Hochschulstandort in Schleswig-Holstein. Das ist Chance und Verpflichtung für eine Politik, die zukunftsorientiert handelt. Die Wissenschaft ist dabei nicht den Interessen der Wirtschaft unterworfen. Aber wir wollen die Chancen für mehr Arbeit nutzen, die aus der Wissenschaft in Kiel entstehen.

Wir wollen, dass unsere Hochschulen sich an internationalen Standards orientieren. Dazu gehört eine sinnvolle Umsetzung von Bachelor- und Masterstudiengängen.

Wir wollen ein gebührenfreies Erststudium und keinen sozialen Numerus Clausus

Hochschulen, Studentenwerk und Stadt arbeiten zusammen, um jungen Müttern und Vätern die Möglichkeit zu geben, Kindererziehung mit dem Studium zu vereinbaren.

Wir wollen, dass Hochschulen und Stadt weiter zusammenwachsen. Bürgerschaftliches Engagement für die Hochschulen und Wissenstransfer aus den Hochschulen in alle gesellschaftlichen Bereiche der Stadt wollen wir fördern. Die Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft wollen wir weiter ausbauen.

Deshalb wollen wir die Vernetzung der Wissenschaft mit der regionalen Wirtschaft weiter verbessern, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und maritime Wirtschaft. Die Wissens- und Wissenschaftspotentiale wollen wir nutzen für mehr Aus- und Weiterbildung der Menschen, die Arbeit haben und die Arbeit suchen.

**Qualitätsentwicklung**

**Größere Autonomie der Schulen**

**berufliche Bildung**

**Regionale Berufsschulzentren**

**Hochschulstandort**

**Bachelor- und Masterstudium**

**gebührenfreies Erststudium**

**Wissenstransfer**

**Vernetzung**

• **Kultur in Kiel!**

Kunst und Kultur prägen das Gesicht einer Stadt, sie schaffen Bewusstsein und Identität. Wir fördern das kulturelle Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, wie es sich bereits jetzt in einer Reihe von Stadt- und Stadtteilaktivitäten realisiert. Deshalb wollen wir zusammen mit der Bürgerstiftung neue Akzente setzen.

Vielfaches bürgerliches Engagement im kulturellen Bereich unterstützt die öffentliche Kulturförderung. Dieses Engagement wollen wir nutzen und fördern. Wir wollen, dass alle lokalen Kulturträger in einem vernünftigen Rahmen zusammenarbeiten, um Kiel als Stadt kulturell fortschrittlich aufzustellen.

Kultur ist ein Standortfaktor! Kulturpolitik ist eine der wenigen Aufgaben von Kommunen, die wirklich regional bzw. vor Ort „gemacht“ wird. Und Kultur eröffnet ein großes Stück Lebensqualität. Diesen Spielraum wollen wir auch in Zukunft weiterhin nutzen, um Kiel noch lebens- und liebenswerter zu machen.

Wir fördern weiter die sehr gute Arbeit unserer kulturellen Einrichtungen wie z.B. Oper, Theater, Museen, Musik- und Literaturhäuser sowie die Stadtteil- und Soziokulturzentren; wir unterstützen die Kunstinstitutionen im Hochschulbereich ebenso wie private kulturelle Initiativen.

Kiel ist das Tor zur Ostsee: In diesem Bereich muss die Stadt mehr leisten, kann die Stadt mehr leisten: intensive Kontakte und gemeinsame Projekte der Bühnen mit den Bühnen in den Partnerstädten, gemeinsame Volksfeste, länderübergreifende Kulturförderprojekte, gemeinsame Kulturförderung; gemeinsame Kulturpreise.

Kiel hat eine gute sozialdemokratische Tradition, die sich auch und gerade im kulturellen Leben niederschlägt: breites Angebot für alle, die soziokulturelle Zentren mit ihren vielfältigen Angeboten, die Kieler Woche und vieles mehr. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiter auszubauen. Die Kieler Geschichte ist Verpflichtung für eine engagierte Kulturpolitik.

Die Stadt muss für die diesbezüglichen Vorzeigeprojekte Stadt- und Schiffahrtsmuseum, Historisches Zentrum und Festung Friedrichsort Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Wir wollen mit allen Kulturschaffenden die kulturpolitischen Leitlinien der Landeshauptstadt Kiel aktualisieren.

**3.4. Für Verkehr, Energie, Umwelt**

**Verkehr: Kiel muss besser erreichbar sein**

Kiel hat innerhalb Deutschlands und der großen Verkehrsachsen im Norden eine geographische Randlage. Deshalb muss es alles tun diese Lage durch verbesserte Verkehrsinfrastruktur zu verbessern.

Dies betrifft im Straßenfernverkehr: den Ausbau der B 404 zur A21 von Kiel durchgehend bis zur Berliner Autobahn und vor allem den Schienenverkehr mit einer schnellen direkten Verbindung von Kiel über den Flughafen Hamburg zum Hamburger Hauptbahnhof.

Zur Erreichbarkeit in der K.E.R.N.-Region gehören auch die verantwortbare

**Bürgerengagement**

**Zusammenarbeit**

**Standortfaktor Kultur**

**Kunst- und Kunstinstitutionen**

**länderübergreifende Kultur**

**soziokulturelle Zentren**

**Museen**

**kulturpolitische Leitlinien**

**B 404 / A 21**

**Kanal und Flughafen**

Entwicklung von Kanal und Flughafen Kiel. Wir fordern eine intelligente Organisation der Verkehre, z.B.: grundsätzlich durchlaufende ICE über Hamburg nach Kiel, mindestens aber abgestimmte Anschlussverbindungen nach Hamburg bzw. Kiel.

Wir sprechen uns für eine konzertierte Organisation der Schnittstellen der verschiedenen Verkehrsträger aus. Dazu gehört z.B. bessere Erreichbarkeit des Bahnhofs für Reisende, die mit dem Taxi oder privaten PKW anfahren (heute sehr lange Gepäckwege), Anzeige der Busabfahrzeiten in der Bahnhofshalle, Fußgängerbrücke vom Parkplatz Sophienblatt direkt auf die Bahnsteige, besserer Fahrradservice. Eine Entzerrung der Busfahrzeiten, würde die Taktzeiten erheblich verbessern, Spätbuslinien oder Fahrzeiten würden Innenstadt und Gastronomie beleben. Die Stadt kann hier unterstützend wirken.

Die Studierendenschaft ist einer der größten Nutzer des städtischen ÖPNV. Die Stadt hat sich intensiv dafür einzusetzen, dass die Einrichtungen der Hochschulen und die Stadtteile mit hohem studentischen Bevölkerungsanteil entsprechend angebunden sind.

Wir setzen den Ausbau des Radverkehrs fort. Die Innenstadt und die Stadtteile sollen fußgängerfreundlicher werden z.B. durch sichere Wege und Bürgersteige, Überwege und ausreichend lange Ampelschaltungen.

Der Hafen ist wesentlicher Bestandteil einer international ausgerichteten Kieler Wirtschaft. Deshalb setzt sich die Kieler SPD ein für eine Hafentwicklung, die Kiels Bedeutung im Kreuzfahrergeschäft entspricht und dem Umschlaggeschäft weitere Zukunftschancen bietet. Die Kontakte in den baltischen Raum gilt es zu intensivieren und auszubauen. Als Maßnahme eines erforderlichen Hafentwicklungs Konzeptes muss der Gütertransport von und zum Kieler Hafen verbessert werden sowie die Schaffung und prioritäre Förderung eines attraktiven Kreuzfahrerterminals und bessere Betreuung unserer (Fahr)-Gäste. Wir wollen den Fährverkehr auf der Förde durch innovative Betriebskonzepte stärken. Die Verantwortung für den Seehafen ist unteilbar mit unserer Landeshauptstadt verbunden.

Innerhalb der K.E.R.N.-Region und Kiels wollen wir eine weitere Verbesserung des ÖPNV-Angebots erreichen. Die Herausforderung des steigenden Wettbewerbs im ÖPNV nehmen wir an. Wir sind uns der Verantwortung für die KVG bewusst. Eine Vollprivatisierung scheidet dabei für uns aus. Gleichzeitig wollen wir die Ausschreibungspflichten von Fahrleistungen im ÖPNV so weit wie es geht in der Region mit den K.E.R.N. - Partnern gemeinsam betreiben.

**• Energiewirtschaft mit Perspektive**

Die Energieversorgung Kiels im Bewusstsein einer ökologischer Verantwortung zu sichern ist auch von wirtschaftspolitischer Bedeutung. Wir können dabei nicht mehr auf die herkömmliche Versorgung setzen. Regenerative Energiequellen sind dabei verstärkt zu nutzen. Wir wollen alles tun, um auch in Kiel die Abhängigkeit vom Öl und Erdgas zu reduzieren.

Wir unterstützen folgende Maßnahmen im Bereich Energie:

- Energieeffizienzaktivitäten mit Energieeinsparung in privaten und öffentlichen Gebäuden und mit Nutzung der umweltfreundlichen Fernwärme

**Zusammenwirken von Verkehrsträgern**

**ÖPNV**

**Radverkehr**

**Hafenentwicklungskonzept**

**ÖPNV-Angebot in K.E.R.N.**

**Energieversorgung**

- Photovoltaik- und Solarthermieanlagen
- Bau von Blockheizkraftwerken, Holzhackschnitzel-Heizwerken, Biomasse-Technik in nicht mit Fernwärme versorgten Gebieten
- Nutzung von Wasserkraft und zukünftig auch von Wasserstoff.

Aus Gründen der Umweltfürsorge und der Nachhaltigkeit werden wir darauf hinwirken, dass bei der Erneuerung von Wärmeerzeugungsanlagen in städtischen Liegenschaften regenerative Energieträger, wie z.B. Solarthermieanlagen, Holzpellets-Heizungen, zum Einsatz kommen soweit die Liegenschaften nicht an die umweltfreundliche Fernwärme angeschlossen sind. So kann die Stadtverwaltung ihrer Vorbildfunktion nachkommen.

Die Zukunft des Gemeinschaftskraftwerks auf dem Ostufer wird dabei in den nächsten Jahren im Mittelpunkt stehen. Eine Entscheidung über dessen Zukunft muss vor dem Hintergrund der Ökologie, der Ökonomie und den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getroffen werden.

Die Zukunft der Stadtwerke Kiel hat für die Kieler SPD eine zentrale Bedeutung. Dazu gehören die Arbeitsplätze des Unternehmens vor Ort, die Versorgungssicherheit und die Zusammenarbeit mit dem regionalen Handwerk sowie die Versorgung mit Frischwasser. Die bestehende Verantwortung durch die 49% - Beteiligung der Stadt wollen wir nicht aufgeben. Ein Verkauf weiterer Anteile der Stadtwerke Kiel kommt für uns deshalb nicht in Betracht.

**• Natur und Umwelt im Zentrum**

Die Erhaltung von Natur und Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Sie ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Wir wollen sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Kiels in allen Teilen der Stadt erhalten und ausbauen.

Natur erleben muss allen Menschen in Kiel möglich sein. Daher setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau von Naturerlebnisräumen, Wald- und Stadtkindergärten, Lernen auf dem Bauernhof, grüne Schulhofentwicklung und Schulwälder ein.

Wir setzen den Ausbau des Radverkehrs fort und wollen eine fußgängerfreundliche Innenstadt.

Die Abfallpolitik soll als Ziele die Wiederverwendung und Verwertung haben.

Wir sind für den fairen Handel mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln.

Weitere Flächenplanung auf Kieler Stadtgebiet muss unter ökologischen Gesichtspunkten stattfinden.

Wir sind für ökologische Wohnsiedlungen sowie ökologischen und Ressourcen schonenden Hausbau.

Die Kieler SPD spricht sich für eine Erweiterung der MVK um eine weitere Verbrennungslinie aus. Damit wird sie der abfall- und umweltpolitischen Verantwortung für Kiel und Schleswig-Holstein gerecht.

Weiterhin müssen Renaturierungsmaßnahmen im Kieler Stadtgebiet geplant und durchgeführt werden. Bei Bauvorhaben in Wohngebieten sollen Ausgleichsmaßnahmen möglichst vor Ort vorgenommen werden.

**regenerative Energieträger**

**Gemeinschaftskraftwerk**

**Stadtwerke**

**Natur und Umwelt**

**Naturerlebnisräume**

**Abfallpolitik**

**Fairer Handel**

**Ökologisch Wohnen**

**MVK**

**Renaturierung**

### 3.5. Bundeswehr und innere Sicherheit

Die Kieler SPD bekennt sich weiterhin zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht. Kiel ist ein großer Standort der Bundeswehr, und zweitgrößter Marinestandort. Die Bundeswehr ist somit einer der größten Arbeitgeber in Kiel. Sie stärkt die Kaufkraft und sichert Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft. Die Kieler SPD wird sich auch in Zukunft für den Erhalt und den Ausbau des Bundeswehrstandortes Kiel einsetzen.

### 3.6 Öffentliche Sicherheit

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in unserer Stadt sicher fühlen. In Kiel wollen wir alles unternehmen, um die Menschen vor Gewalt, Schaden und Straftaten zu schützen. Die Kriminalprävention muss weiter verstärkt werden. Ein Schwerpunkt muss dabei die Bekämpfung der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, der zunehmenden Gewalt gegen ältere Menschen und Kinder sein. Wir unterstützen die Arbeit der Kieler Polizei.

Wir werden die Kriminalpräventiven Räte unterstützen. Außerdem werden wir die aufsuchende Sozialarbeit an Brennpunkten verstärken. Die Straßenbeleuchtung darf nicht weiter zurückgenommen, sondern muss ausgebaut werden um Angsträume abzubauen.

Wir setzen uns ein für eine intensive Zusammenarbeit von Schulen, Polizei und Sozialverwaltung. Wir wollen eine Initiative „Waffen weg!“ an den Kieler Schulen starten, um dort illegale Schuss-, Hieb- und Stichwaffen zu entfernen und den Schulbesuch für Schülerinnen und Schüler und den Arbeitsalltag der Lehrerinnen und Lehrer sicherer zu machen.

Wir wollen „City-Scouts“, die Missstände beobachten und an die zuständigen Behörden melden, in mehr Stadtteilen als bisher einsetzen. Die Befugnisse sollen schrittweise erweitert werden. Dazu werden die kommenden Überwachungskräfte entsprechend qualifiziert.

Wir unterstützen die Polizei bei der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, wo dies zu einer wirksamen Gefahrenabwehr polizeilich geboten ist. Auf diesen wenigen überwachten Flächen muss die Begehung von Gewalt und Straftaten zum Schutze der Opfer entweder durch die Überwachung vermieden oder wenigstens durch Polizeikräfte so schnell wie möglich abgewehrt werden. Bloße Videoüberwachung ohne zeitnahe Reaktion auf Straftaten – etwa zur schlichten Beweissicherung – lehnen wir ab.

Wir werden den Brandschutz verbessern, indem wir die Kieler Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen unterstützen. Feuerwehren brauchen gut ausgebildetes Personal und modernes technisches Gerät. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren leisten einen wichtigen Dienst für die Menschen in Kiel. Wir wollen mehr Feuerwehrpersonal einstellen und diese umfassend im Brandschutz, in der Brandbekämpfung und im Rettungswesen ausbilden.

### 3.6. Verwaltung, regionale kommunale Zusammenarbeit und Finanzen

#### • Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger modernisieren

Wir brauchen klare transparente Verwaltungsstrukturen, in denen flexibel und bürgerfreundlich auf Anforderungen reagiert wird. Wir werden die Ver-

**Bundeswehrstandort**

**Kriminalprävention**

**Abbau von Angsträumen**

**Initiative „Waffen weg!“**

**„City-Scouts“**

**Videoüberwachung**

**Brandschutz**

**Rettungswesen**

**transparente Verwaltung**

waltungsreform im Rathaus neu bestimmen. Dabei messen wir uns an dem Anspruch, dass die Verwaltung Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sein soll.

Wir wollen die Verwaltung unserer Stadt modernisieren. Sie dient den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Das Bild des „Unternehmens Kiel“ lehnen wir ab – eine Stadt ist mehr als auf Gewinnerzielung ausgerichteter Betrieb. Sie ist das soziale Gemeinwesen, in welchem wir alle miteinander leben. Ihre Behörden müssen diesem Leitbild entsprechen.

Die Stadt nimmt ihre Pflicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge wahr. Markt- und kundenorientierten Strukturen und Arbeitsweisen sind selbstverständlich. Ob diese Aufgaben in privater Rechtsform besser erfüllt oder in städtischen Organisationsformen weiter entwickelt werden, ist im Einzelfall ergebnisorientiert zu entscheiden. Dabei sind auch die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit zu nutzen und die Perspektiven einer K.E.R.N.-Region weiter zu verfolgen. Im Zuge dieses Prozesses ist zwangsläufig auch der Umfang des städtischen Personals zu bestimmen und sozialverträglich an die neuen Anforderungen anzupassen

Neue Arbeitsplätze zu schaffen ist unser wichtigstes Ziel.

Als kommunaler Arbeitgeber wollen wir die Möglichkeiten für versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigungen verbessern und damit besonders Frauen mit Familien neue Chancen im Berufsleben ermöglichen.

Die Fortschritte der Technik ermöglichen Modelle einer **nicht standortgebundene Stadtverwaltung**.

#### • Kommunale Finanzen

Ohne eine wirkliche **Reform der deutschen Finanzverfassung** wird es keine Sicherheit für die kommunalen Haushalte geben. Deshalb fordert die Kieler SPD alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf, sich in ihren Parteien dafür einzusetzen, dass die Kommunen eigene, verfassungsrechtlich abgesicherte Steuerquellen erhalten. Bei der Reform ist auch eine gerechte Teilung des Gemeindeanteils an der Lohnsteuer zwischen Wohnsitz- und Betriebsstättengemeinde als Ergänzung zum kommunalen Finanzausgleich zu prüfen. Eine **Fortentwicklung der Gewerbesteuer** ist dringend geboten. Die Kommunen müssen von gesamtstaatlichen Mitfinanzierungen entlastet werden. Die absolute Anwendung des Konnexitätsprinzips ist sicher zu stellen.

Um die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Haushalts- und Finanzpolitik zu beteiligen, werden wir uns an der bereits begonnen Diskussion um einen **Kieler Bürgerhaushalt** weiter aktiv beteiligen. Damit wollen wir uns nicht vor unserer Verantwortung für den städtischen Haushalt entziehen, sondern die Menschen an den Entscheidungen besser beteiligen.

In allen Bereichen muss das vorhandene Geld des städtischen Haushalts sinnvoll und effizient eingesetzt werden. Die **Prioritäten** liegen in den Bereichen Familie, Bildung und nachhaltige Investitionen. Nur dann verwirklichen wir die Politik des starken Kiel. Ein Beispiel: Gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bau und Handwerk sind in Zeiten starker Investitionszurückhaltung von Privaten und Unternehmen auf die öffentliche Hand angewiesen. So beheben wir auch den Investitionsstau, zum Beispiel in unse-

**modernisierte Verwaltung**

**öffentlichen Daseinsvorsorge**

**Teilzeitbeschäftigungen**

**Sicherung der Steuerquellen**

**Gewerbesteuer**

**Bürgerhaushalt**

**effizienter Haushalt**

**Investitionen**

ren Schulen und bei der Verkehrsinfrastruktur. Dazu wollen wir auch weiterhin sog. **ÖPP-Modelle** (Öffentlich-Private Partnerschaft) nutzen, wenn im jeweiligen Einzelfall nachweisbar ist, dass diese die finanziell günstigste Form der Realisierung notwendiger Investitionen darstellen.

Mit einem optimierten Personalentwicklungsplan wollen wir einen effizienten Personaleinsatz in allen kommunalen Bereichen erreichen. Das führt zu Einsparungen ohne Entlassungen. Bei den Veränderungen und Verdichtungen der Arbeit in der Stadtverwaltung haben Fort- und Weiterbildung für uns einen hohen Stellenwert. Besonders wichtig ist der Kieler SPD die Nutzung europäischer (Förder-) Programme. Hier muss die Verwaltung verstärkt in die Lage versetzt werden zu handeln.

Gleichzeitig muss es gelingen, durch **sinnvolle und nachhaltige** Investitionen für und in die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind im Wege einer aktivierenden Sozialpolitik eine dauerhafte Abhängigkeit von Transferleistungen weitgehend zu vermeiden.

Die SPD will die **Reduzierung des Defizits im städtischen Haushalt**. Der Spielraum für die Konsolidierung des städtischen Haushalts ist jedoch abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturlage. Nicht nur die Qualität der Sanierungsmaßnahmen ist von Bedeutung, sondern auch der Zeitpunkt, zu welchem sie angewandt werden.

Einnahmensteigerungen, die den Haushalt nur im Promille-Bereich entlasten, aber bei den Betroffenen harte Einschnitte zur Folge haben, lehnen wir ab. Haushalts- und Finanzpolitik muss als der **Politik dienendes Instrument auch soziale Kosten berücksichtigen**.

Städtische Beteiligungen stärken den städtischen Haushalt insgesamt, können ihn aber im Einzelfall auch Risiken aussetzen oder belasten. Deshalb wollen wir weiter jede **städtische Beteiligung auf die Erfüllung ihrer Aufgaben und ihre Kostenstruktur** hin untersuchen. Dabei stehen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten im Mittelpunkt. Es darf dabei nicht darum gehen, Verkäufe der Beteiligungen als zusätzliche Einnahmen des städtischen Haushaltes zu erzielen. Welche Rechts- und Organisationsformen für die jeweilige Aufgabe der städtischen Unternehmen oder Beteiligungen optimal ist, entscheiden wir am Einzelfall.

#### • Regionale kommunale Zusammenarbeit – als Baustein zum Erfolg

Schon allein auf Grund unserer Flächenarmut in Kiel sind wir in unserer zukünftigen Entwicklung auf das direkte Umland und die K.E.R.N.-Region angewiesen. Wir müssen daher – im gemeinsamen Interesse – Motor der Zusammenarbeit werden. Dabei gilt es Sorgen und Empfindlichkeiten bei den Nachbarn ernst zu nehmen und darauf einzugehen. Dies betrifft auch die gemeinsame Ausweisung und Entwicklung von Gewerbe- und Wohngebieten.

Kommunale Dienstleistungen lassen sich gemeinsam anbieten und Synergien bei gemeinsamer Beschaffung von Leistungen nutzen, z.B.: gemeinsame Bauhöfe,

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (Busse, Fördeschiffahrt) gemeinsame Verwaltungseinheiten, insbesondere im Bürgerkontakt (z.B. Einwohnermeldeamt, Bauamt, Kfz-Zulassung u.a.), gemeinsame kommu-

#### ÖPP

#### Personalentwicklungsplan

#### Sozialpolitik

#### Defizitreduzierung

#### Städtische Beteiligungen

#### Umland und K.E.R.N.-Region

#### Nutzung von Synergien

nale Ausschreibungen und Beschaffungen (z.B. Abfallentsorgung)! Die SPD begrüßt die Verwaltungsstrukturreform der Kreise durch das Land. Die SPD Kiel ist bereit, innerhalb der Verwaltungsregion Mitte die Bearbeitung von Verwaltungsaufgaben - sofern wirtschaftlich – zusammenzulegen, während die Betreuung der Bürger vor Ort verbleibt.

Wir wollen eine starke und selbstbewusste **K.E.R.N.-Region**.

#### • Demokratie in unserer Stadt

Die städtische Selbstverwaltung ist Kernstück unserer Demokratie. Wir wollen deshalb alles unternehmen, um die Wahlbeteiligung bei den Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen wieder zu steigern. Dazu wollen wir eine Initiative „kommunalpolitische Bildung im Schulunterricht“ starten, die sich an die Erstwählerinnen und Erstwähler (ab 16 Jahre) richten soll.

Wir wollen die Ortsbeiräte in ihrer jetzigen Zahl und Struktur erhalten. Sie haben sich bewährt als Anlauf- und Informationsstellen der Bürgerinnen und Bürger und vertreten die Interessen ihrer Stadtteile.

Wir unterstützen die Beiräte bei ihrer Arbeit für das Gemeinwohl. Wir werden einen Kinder- und Jugendbeirat schaffen und ihn bei den Planungen und Vorhaben der Stadt.

#### 3.7. Kiel europäisch

Für die Kieler SPD gilt: Kommunalpolitik ist Europapolitik. Weit stärker als früher übernehmen die Kommunen europapolitische Aufgaben, z.B. in der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen vor Ort oder auch als europäische Akteure. Die Städte sind Teil der europäischen Familie, ihre Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mehr und mehr in Europa zu Hause. Wir wollen alle Chancen Europas für Kiel nutzen, die Bildung neuer Strukturen unterstützen, Richtlinien erarbeiten, um ein europäisches Profil der Landeshauptstadt zu entwerfen.

#### • Kieler Netzwerk Europa

Die SPD setzt sich für die Einrichtung eines „Europa-Hauses“ in Kiel ein, in dem europäische Kompetenzen gebündelt und europäische Kultur gepflegt werden. Wir wollen mit diesem „Haus“ einen Ort der Weltoffenheit, der Toleranz und der Verständigung schaffen.

Wir bauen ein „Europa-Netzwerk Kiel“ auf. Diesem Netzwerk sollen alle in Kiel engagierten Europa-Akteure verbunden werden. Dazu gehören Vertreter der Wirtschaft und der Sozialpolitik ebenso wie der Kultur, der Wissenschaft und der Verwaltungen. Dieses „Netzwerk“ soll mindestens einmal im Jahr von der Stadt einberufen werden.

Wir richten auch eine europäische Internet-Plattform für Kiel ein und werden alle Formen moderner Kommunikation für Europa und Kiel nutzen.

#### • Europa-Kompetenz ist Standortvorteil

Wir setzen auf die „europafähige Stadt“. Kiel soll zum europäischen Kompetenz-Zentrum nicht nur in der K.E.R.N.-Region werden.

Wir werden die Europa-Kompetenz der Stadtverwaltung stärken. Längst ist diese Kompetenz ein Standortvorteil geworden. Es gibt nur noch wenige Bereiche, die nicht mittel- oder unmittelbar von europäischen Förderinstrumenten oder Rechtsvorschriften berührt werden.

#### Verwaltungsstrukturreform

#### Selbstverwaltung

#### Beiräte

#### Europapolitik

#### „Europa-Haus“

#### „Europa-Netzwerk Kiel“

#### „europafähige Stadt“.

Wir intensivieren die Kieler Städtepartnerschaften und verbinden sie mit neuen Themen. Mit unseren Partnern wollen wir über Fragen der Entwicklung von Bürgergesellschaften, des sozialen Wandels, des Jugendaustausches, der wirtschaftlichen Veränderungen usw. sprechen. „Partnerschafts-Tourismus“ lehnen wir ab.

Wir wollen, dass unsere Stadt in allen wichtigen Städtenetzwerken in Europa vertreten ist. Längst ist die Kooperation in diesen Netzwerken für die Städte von großer Bedeutung für ihre zukünftige Entwicklung geworden. Gegenseitiges Lernen verbindet.

• **Kiel als europäische Kongress- und Messestadt**

Aufgrund seiner guten Möglichkeiten, wollen wir Kiel zu einer führenden europäischen Kongressstadt im Ostseeraum entwickeln. In Kooperation mit unseren wissenschaftlichen Einrichtungen, mit Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung werden wir alle Chancen nutzen, insbesondere maritime Messen nach Kiel zu holen.

Wir entwerfen damit ein neues Image als Dienstleistungsstadt, die gerade im Ostseeraum neue Impulse geben kann.

• **Kiels Zukunft in der „Wissensregion Ostsee“**

Wir wollen, dass Kiel aktiver Teil beim Aufbau der „Wissensregion Ostsee“ wird und damit insbesondere für junge Menschen neue Perspektiven entwerfen.

Kiel kann mit seinen Schulen und Hochschulen, seinen Instituten und Bildungseinrichtungen zu einem führenden europäischen Ostsee-Bildungszentrum werden. Dazu stärken wir die europapolitische Vernetzung dieser Einrichtungen.

Auch in der beruflichen Bildung ist die europäische Dimension wichtig. Gemeinsames Lernen und gemeinsame Abschlüsse verbinden. Unsere beruflichen Zentren in Gaarden, am Schützenpark und am Ravensberg leisten schon jetzt hervorragende europäische Bildungsarbeit. Sie gilt es weiter zu entwickeln.

Wir stärken unsere Kieler Europa-Schulen und werden sie in den Kieler Europa-Dialog einbinden.

**Städtepartnerschaften**

**Kongressstadt**

**„Wissensregion Ostsee“**

**europäische Bildungsarbeit**

**Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des SPD-Kreisverbandes Kiel**

**Kreisvorstand**

Vorsitzender	<b>Rolf Fischer</b>	Baumgartenstr. 24 24106 Kiel	54 84 37
Stellv. Vorsitzende	<b>Veronika Dicke</b>	Muhliusstr. 57 24103 Kiel	55 24 28
Stellv. Vorsitzender	<b>Gernot Starke</b>	Tiefe Allee 16 24149 Kiel	20 99 729
Schatzmeisterin	<b>Barbara Veldten</b>	Fritz-Reuter-Str. 4 24159 Kiel	39 25 49
Schriftführer	<b>Lars Juister</b>	Weißenburgstr. 4 24116 Kiel	1 22 03 23
Beisitzerin	<b>Ursula Latacz</b>	Seeblick 7a 24106 Kiel	33 54 86
Beisitzerin	<b>Ingrid Lietzow</b>	Klagenfurter Weg 75 24147 Kiel	78 54 75
Beisitzerin	<b>Doris Thiele-Röpstorff</b>	Zastrowstr. 24 24114 Kiel	80 15 85
Beisitzer	<b>Gerhard Juister</b>	Hamburger Ch. 117 24113 Kiel	68 71 84
Beisitzer	<b>Dirk Lerche</b>	Am Blöcken 25 24111 Kiel	53 10 11
Beisitzer	<b>Reinhard Warnecke</b>	Alte Chaussee 12 24107 Kiel	31 42 10

**Landtagsabgeordnete:**

Kiel -Nord	<b>Rolf Fischer</b>	Baumgartenstr. 24 24106 Kiel	54 84 37
Kiel-Mitte	<b>Jürgen Weber</b>	Wilhelmshavener Str. 6 24105 Kiel	8 51 66

**Bundestagsabgeordneter**

Kiel Altenholz Kronshagen	<b>Dr. Hans-Peter Bartels</b>	Esmarchstr. 16 24105 Kiel	8 53 31
---------------------------------	-------------------------------	------------------------------	---------

**Ratsfraktion**

Fraktionsvorsitzende	<b>Cathy Kietzer</b>	Turkuring 32 24109 Kiel	52 26 78
Geschäftsführung	<b>Thomas Gedig</b>	Fleethörn 9-17 24103 Kiel Rathaus, Raum 367	901 25 27 Fax 901 62 540

**SPD-Geschäftsstelle Region K.E.R.**

Geschäftsführung	<b>Dieter Heß</b>	Walter-Damm-Haus Kleiner Kuhberg 28-30 24103 Kiel	90 60 612 Fax 90 60 611
------------------	-------------------	---	-------------------------------

**Ortsvereine**

Die Vorsitzenden

<b>Wik</b>	<b>Boysen, Harald</b>	Projensdorfer Str. 19 24106 Kiel	3 05 35 88
<b>Pries-Friedrichsort</b>	<b>Mathias Stein</b>	Untere Str. 3 24159 Kiel	39 59 87
<b>Elmschenhagen</b>	<b>Johansson, Anke</b>	Rüsterstr 14 24143 Kiel	64 99 79
<b>Gaarden</b>	<b>Heinz Rudolf Jungnickel</b>	Gazellestr. 8 24143 Kiel	7 45 19
<b>West/Hasseldieksdamm</b>	<b>Olaf Dittrich</b>	Theodor-Storm-Str. 15 24116 Kiel	55 45 62
<b>Süd</b>	<b>Jasmin Bauer</b>	Alte Lübecker Ch. 41 24113 Kiel	26 09 63 37
<b>Hassee-Nord</b>	<b>Dieter Heß</b>	Tinnholz 1 24113 Kiel	68 87 65
<b>Altstadt</b>	<b>Yves Stübe</b>	Mühlenstr. 14 24143 Kiel	0162 217 13 30
<b>Mettenhof/H'damm</b>	<b>Harald Jander</b>	Muhliusstr. 76 24103 Kiel	52 61 09
<b>Schilksee</b>	<b>Hans Mehrens</b>	Delphinweg 7 24159 Kiel	3 76 89
<b>Russee</b>	<b>Winfried Jöhnk</b>	Stiller Winkel 19 24111 Kiel	6 92 50
<b>Süd-West</b>	<b>Heinz Liebscher</b>	Wendenweg 24 24145 Kiel	7 19 86 47
<b>Holtenau</b>	<b>Heidemarie Toscan</b>	Lütjohannstr. 11a 24159 Kiel	36 15 32
<b>Suchsdorf</b>	<b>Dr Hans-Ulrich Wottge</b>	Hiddenseer Weg 22 24107 Kiel	31 12 81
<b>Neumühlen-D'dorf</b>	<b>Hans-Werner Tovar</b>	Alfons-Huysmans-Ring 58 24149 Kiel	2 77 95
<b>Ellerbek</b>	<b>Peter Kokocinski</b>	Selenter Str. 8 24148 Kiel	7 29 85 98
<b>Steenbek-Projensdorf</b>	<b>Lutz Mehlhorn</b>	Wolperdingstr. 5 24106 Kiel	3 05 10 21
<b>Wellingdorf</b>	<b>Konrad Wetzel</b>	Wehdenweg 36 24148 Kiel	7 20 10 34
<b>Kieler Mitte</b>	<b>Jürgen Röpstorff</b>	Zastrowstr. 24 24114 Kiel	80 15 85
<b>Hassee-Süd</b>	<b>Gerhard Juister</b>	Hamburger Chaussee 117 24 113 Kiel	68 71 84
<b>Hammer</b>	<b>Siegfried Schmidt</b>	Damaschkeweg 29 24113 Kiel	6 54 49

**Arbeitsgemeinschaften**

Die Vorsitzenden

<b>AfA - Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</b>	<b>Jürgen Müller</b>	Heider Str. 8 24106 Kiel	33 37 07
<b>AfB - Arbeitsgemeinschaft für Bildung</b>	<b>Volkhard Hanns</b>	Redingskamp 1 24159 Kiel	3 97 00 50
<b>AG 60plus - Arbeitsgemeinschaft der Älteren</b>	<b>Lothar Franz,</b>	Schoolkamp 54, 24145 Kiel	71 34 18
<b>AGS - Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen</b>	<b>Hans-Peter Kaiser</b>	Stadtparkweg 12, 24106 Kiel	33 48 46
<b>AsF - Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen</b>	<b>Regina Selke</b>	Kronshagerner Weg 69 24106 Kiel	6 91 22 19
<b>AsJ - Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen</b>	<b>Mark Jensch</b>	Jungmannstr. 23 24145 Kiel	ü / 90 60 612
<b>Juso - Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten</b>	<b>Mathias Rekasch</b>	Charles-Roß-Ring 39 24106 Kiell	9 06 64 81

